

Pressemitteilung

03.12.2014

10.000 Stimmen nach Berlin

Niedersächsische Krankenhäuser appellieren an die Bundespolitik

(Hannover) Eine Delegation niedersächsischer Krankenhäuser überreichte heute im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) dem Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, 10.000 Unterschriften für eine faire Krankenhausfinanzierung. Die Unterschriften wurden im Rahmen einer Aktionswoche von Mitarbeitern/-innen der Krankenhäuser gesammelt. Begleitet wurde die Delegation vom niedersächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Max Matthiesen, dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

„Die Finanzsituation der niedersächsischen Krankenhäuser ist weiterhin bedrohlich ernst. Erste Auswertungen der Herbst-Umfrage der NKG zur wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser in Niedersachsen zeigen, dass 2/Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser mit einem existenzgefährdenden Geschäftsabschluss das Jahr 2014 beenden. Und auch für das Jahr 2015 bleiben die Prognosen düster“, erklärt Verbandsdirektor Helge Engelke den Anlass für den neuerlichen Appell an die Politik.

Bereits seit über einem Jahr kämpfen die Krankenhausmitarbeiter /-innen in ganz Niedersachsen für eine faire Krankenhausfinanzierung. Politik und Öffentlichkeit kennen mittlerweile das Problem, eine Lösung ist jedoch nicht in Sicht. Ihre Hoffnungen setzen die niedersächsischen Krankenhäuser nun auf die kurz vor dem Abschluss stehenden Beratungen der Bund-Länder-AG, welche eine Reform für eine nachhaltige Krankenhausfinanzierung erarbeiten soll. Die Teilnehmer aus unterschiedlichen Krankenhäusern aus ganz Niedersachsen, die insbesondere auch die verschiedenen Berufsgruppen vertreten, machten in ihren Statements gegenüber dem Staatssekretär deutlich, dass es nur dem großen persönlichen Einsatz und dem hohen Engagement der Krankenhausmitarbeiter / -innen zu verdanken ist, dass die Auswirkungen der finanziellen Probleme für Patientinnen und Patienten bisher kaum spürbar sind.

Gemeinsam mahnen die Krankenhäuser an, dass eine Änderung der Finanzierungsregeln durch die Bundesregierung zwingend notwendig ist! Die konkreten Forderungen lauten:

- **ein fairer Landesbasisfallwert 2015**
- **eine gesetzliche Anhebung des Landesbasisfallwertes auf den Bundesdurchschnitt**
- **gerechte Finanzierungsbedingungen für alle Krankenhäuser, auch in Niedersachsen!**

Den Kliniken in Niedersachsen geht es um eine faire Finanzierung der tatsächlich erbrachten Leistungen, die Refinanzierung der notwendigen Personal- und Sachkosten sowie eine auskömmliche Investitionsfinanzierung. Die meisten Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, in die Zukunft zu investieren. Nur bei ausreichender Finanzausstattung können die Krankenhäuser auch zukünftig mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern/-innen eine hochwertige, stationäre Versorgung in allen Regionen Niedersachsens gewährleisten.

Sollten nicht sehr schnell die Rahmenbedingungen für eine angemessene finanzielle Ausstattung geschaffen werden, müssen sich die Menschen im Land darauf einstellen, dass das stationäre Leistungsangebot in einigen Gegenden dünner wird oder ganz entfällt - und sie sich auf die längeren Wege und Wartezeiten einzustellen haben. Die Verantwortlichen in der Politik werden zunehmend erklären müssen, weshalb sie nicht rechtzeitig für die solide wirtschaftliche Ausstattung der stationären Patientenversorgung gesorgt haben, obwohl das Problem nun schon so lange bekannt ist.

Landesweit wird deshalb aktuell in einer - weiteren - konzertierten Aktion die Öffentlichkeit über die Finanzprobleme der Krankenhäuser im Rahmen der Kampagne

„2/DRITTEL - NIEDERSACHSENS KRANKENHÄUSERN DROHT DAS AUS“

informiert. Seit dem Auftakt am 24. November 2014 in Braunschweig finden landesweit Diskussionen und Gespräche vor Ort statt. Nach dem Motto „wir helfen gerne - und wer hilft uns?“ soll verdeutlicht werden, dass auch die Helfer mittlerweile auf Unterstützung angewiesen sind. Deshalb hoffen die Vertreter der Delegation, die heute im BMG ihr Anliegen vortragen konnten, dass auf die Frage, „wer hilft uns?“ eine Antwort gefunden werden kann.

„WIR HELFEN GERNE ... HILFT UNS BERLIN?!“



Bild: NKG

Weitere Informationen:

- Dr. Gerhard Tepe, Vorsitzender der NKG (0511 / 307 63 0)
- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)
- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511 / 307 63 49)

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit etwa 41.000 Betten. 1,8 Mio. Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern umfassend behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Über 90.000 Mitarbeiter der verschiedenen Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.